

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 06.11.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 22:35 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader
Herr Bley
Herr Dr. Blöcker
Herr Böttcher
Herr Bratmann
Herr Bratschke
Frau Buchholz
Herr Dr. Dr. Büchs
Herr Disterheft
Herr Dobberphul
Herr Edelmann
Frau Dr. E. Flake
Herr F. Flake
Herr Graffstedt
Frau Gries
Herr M.Hahn
Frau S. Hahn
Herr Hinrichs
Frau vom Hofe
Frau Ihbe
Frau Jalyschko
Frau Jaschinski-Gaus
Frau Johannes
(Herr Jordan)
Frau Kaphammel
Frau Keller
Herr Köster

Herr Kühn
Herr Lehmann
Herr Manlik
Herr Merfort
Herr Möller
Herr Dr. Mühlnickel
Herr Dr. Müller
Frau Mundlos
Frau Naber
Frau Ohnesorge
Frau Palm
Herr Rosenbaum
Herr Schatta
Herr Scherf
Frau Schneider
Herr Scholze
Herr Schrader
Frau Schütze
Frau Seiffert
Herr Sommerfeld
Herr Türkmen
Herr Dr. Vollbrecht
Herr Weber
Herr Wendroth
Herr Wendt
(Frau Willimzig-Wilke)
Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2018 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Konzept zur Beseitigung der Sturmschäden "Xavier" | 18-09382 |
| 3.2 | Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes der in der Stellungnahme 17-04406-01 genannten Sträucher und Bodendecker | 18-09396 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | "Mein Baum für Braunschweig" - Baumspenden vereinfachen, Anreize schaffen
Antrag der CDU-Fraktion | 18-08958 |
| 4.1.1 | "Mein Baum für Braunschweig" - Baumspenden vereinfachen, Anreize schaffen - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 18-09078 |
| 4.1.2 | "Mein Baum für Braunschweig" - Baumspenden vereinfachen, Anreize schaffen
Änderungsantrag zum Antrag 18-08958 und zum Änderungsantrag 18-09078
Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen | 18-09139 |
| 4.2 | Mehrwegbecher statt Wegwerfbecher- Einführung eines Pfandsystems für Kaffeebecher in Braunschweig
Antrag der SPD-Fraktion | 18-09171 |
| 4.3 | Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße
Antrag der Fraktion Die Linke. | 18-09189 |
| 4.3.1 | Änderungsantrag zum TOP "Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße"
Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. | 18-09435 |
| 4.3.2 | Änderungsantrag zu 18-09435: Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 18-09437 |
| 4.3.3 | Änderungsantrag zu VO 18-09435
Änderungsantrag der AfD-Fraktion | 18-09440 |
| 4.4 | Antworten an Bezirksräte gemäß Geschäftsordnung
Antrag der Fraktion Die Linke. | 18-09190 |
| 4.4.1 | Änderungsantrag zu 18-09190 Antworten an Bezirksräte gemäß Geschäftsordnung
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. | 18-09451 |
| 4.4.2 | Änderungsantrag zum Antrag 18-09190
Antrags- und Anfragecontrolling für die Stadtbezirksräte
Änderungsantrag SPD-Fraktion im Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt | 18-09452 |

4.4.3	Antworten an Stadtbezirksräte gemäß Geschäftsordnung Stellungnahme der Verwaltung	18-09190-01
4.5	Klimaschutz in Braunschweig Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-09238
4.6	Einrichtung einer Bauwilligen-Datenbank Antrag der CDU-Fraktion	18-09240
4.7	Braunschweig deklariert sich als "Sicherer Hafen" Antrag der BIBS-Fraktion	18-09299
4.7.1	Änderungsantrag zur Vorlage 18-09299 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	18-09426
4.8	Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	18-09310
4.8.1	Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen Stellungnahme der Verwaltung	18-09310-01
4.9	Regionalverband Großraum Braunschweig: Mehr Demokratie wa- gen und an der Direktwahl der Verbandsversammlung festhalten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-09316
4.10	Zukunftsfähige Schullandschaft gestalten - Oberschule in Braun- schweig einführen Antrag der CDU-Fraktion	18-09317
4.11	Schutz der Bevölkerung vor und bei unerwarteten atomaren Zwi- schenfällen in Thune Antrag der BIBS-Fraktion	18-09342
4.11.1	Schutz der Bevölkerung vor und bei unerwarteten atomaren Zwi- schenfällen in Thune	18-09342-01
4.12	Interfraktionelle Resolution: Bürgerrechte schützen - 1984 ist nicht als Anleitung gedacht! Antrag der Fraktionen BIBS, Die Linke. und der Gruppe Die Frakti- on P ²	18-09343
4.13	Sofortige Einstellung der Zuschüsse an den DITIB e.V. in der Lud- wigstraße und Prüfung des Vereinsverbots Antrag der AfD-Fraktion	18-09347
4.13.1	Änderungsantrag zu VO 18-09347, sofortige Einstellung der Zu- schüsse an DiTiB Änderungsantrag der AfD-Fraktion	18-09439
4.13.2	Sofortige Einstellung der Zuschüsse an den DITIB e.V. in der Lud- wigstraße und Prüfung des Vereinsverbots Stellungnahme der Verwaltung	18-09347-01
5	Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braun- schweig 2030	18-08544
5.1	Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braun- schweig 2030	18-08544-01
5.2	Änderungsantrag zur Vorlage 18-08544 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braun- schweig 2030 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	18-09266

6	Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt	18-08859
7	Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt	18-08860
8	Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt	18-08861
9	Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister	18-09118
10	Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehren-beamtenverhältnis	18-08674
11	Bestellung eines Vertreters im Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH	18-09296
12	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	18-09136
13	Haushaltsvollzug 2018 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	18-09233
14	Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021; Beschluss über die Auswahlkriterien für die Vergabe der qualifizierten Wegenutzungsrechte Strom und Gas gemäß §§ 46 ff. EnWG	18-09224
15	Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater	18-08855
15.1	Änderungsantrag zu Ds. 18-08855: Baumbestand Jasperallee - Moratorium zur Beobachtung der Vitalitätsentwicklung und Entscheidungsfindung zur zukünftigen Ausgestaltung der Baumbepflanzung Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	18-09095
15.2	Ergänzung zu Antrag 18-08855 Neugestaltung Jasperallee Änderungsantrag der FDP-Fraktion	18-09420
16	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	18-08596
16.1	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	18-08596-01
17	Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)	18-09116
18	Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)	18-09117
19	Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)	18-09119
20	Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "Kitodo. Key to	18-09132

21	Vergabe der Trägerschaft für die neue Kindertagesstätte "Heinrich-der-Löwe"	18-08853
22	Installation eines Psychosozialen Krisendienstes in der Stadt Braunschweig ab 1. April 2019, verortet beim Gesundheitsamt der Stadt Braunschweig	18-09124
23	Konzept der flächendeckenden Entwicklungsstandsuntersuchungen Einführung ärztlicher Untersuchungen in den Braunschweiger Kindergärten ab 2019	18-09125
24	Kinder- und familienfreundliche Stadt Braunschweig Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze	18-09160
25	Aktueller Stand zum Konzept Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS und weiteres Verfahren	18-09303
26	Übertragung der Haushaltsmittel und Kassengeschäfte der Stadt Braunschweig zur Fortsetzung des Forderungseinzugs für kommunale Haushaltsmittel im Rechtskreis des SGB II	18-09236
27	Stadtbahnausbau: Vorzugsvariante Rautheim	18-09145
27.1	Stadtbahnausbau: Vorzugsvariante Rautheim	18-09145-01
28	Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode	18-09146
28.1	Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode	18-09146-01
28.2	Änderungsantrag zur Vorlage 18-09146-01 Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode Änderungsantrag der Fraktion der CDU	18-09386
28.3	Änderungsantrag zu 18-09386: Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	18-09438
29	Radschnellweg Braunschweig-Lehre-Wolfsburg: Planungsvereinbarung	18-09158
30	Veränderungssperre "Sudetenstraße", OE 40 Stadtgebiet zwischen A 391, A 392, Celler Heerstraße, Sudetenstraße, Schölke, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 254/75, 254/76, 254/79 sowie dem ehemaligen Ringgleis Satzungsbeschluss	18-09128
31	Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
31.1	Mindestanforderungen Wohnungslosenunterbringung Antrag der Fraktion Die Linke.	18-09271
32	Anfragen	
32.1	Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen Union sichtbar machen	18-07944

	Anfrage der SPD-Fraktion	
32.1.1	Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen Union sichtbar machen	18-07944-01
32.2	Sachstand des vom Oberbürgermeister angekündigten Modernisierungs- und Konsolidierungsprozesses Anfrage der CDU-Fraktion	18-09346
32.2.1	Sachstand des vom Oberbürgermeister angekündigten Modernisierungs- und Konsolidierungsprozesses	18-09346-01
32.3	Taubenvergrämungsanlage am Rathaus Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-08844
32.3.1	Taubenvergrämungsanlage am Rathaus	18-08844-01
32.4	Geplante Nutzung des Gebäudes des ehemaligen Kreiswehersatzamtes Anfrage der AfD-Fraktion	18-09344
32.4.1	Geplante Nutzung des Gebäudes des ehemaligen Kreiswehersatzamtes	18-09344-01
32.5	Hartes Vorgehen gegen die Hanfbar Anfrage der BIBS-Fraktion	18-09280
32.5.1	Hartes Vorgehen gegen die Hanfbar	18-09280-01
32.6	Erschwert das Jobcenter Braunschweig die Integration von nicht deutschsprechenden Leistungsberechtigten? Anfrage der Fraktion Die Linke.	18-09335
32.6.1	Erschwert das Jobcenter Braunschweig die Integration von nicht deutschsprechenden Leistungsberechtigten?	18-09335-01
32.7	Nazi-Schmierereien im Univiertel Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	18-09341
32.7.1	Nazi-Schmierereien im Univiertel	18-09341-01
32.8	Sicherheitsmaßnahmen und -kosten für das Magnifest Anfrage der AfD-Fraktion	18-09345
32.8.1	Sicherheitsmaßnahmen und -kosten für das Magnifest	18-09345-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- ZU TOP 3: Mitteilungen:
 - 3.1 Konzept zur Beseitigung der Sturmschäden „Xaviar“ (18-09382)
 - 3.2 Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes der in der Stellungnahme 17-04406-01 genannten Sträucher und Bodendecker (18-09396)
- Zu TOP 4.3: Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße:
 - Änderungsanträge 18-09435, 18-09437 und 18-09440
- Zu TOP 4.4 Antworten an Stadtbezirksräte gemäß Geschäftsordnung:
 - Stellungnahme 18-09190-01 und Änderungsanträge 18-09451 und 18-09452
- Zu TOP 4.7: Braunschweig deklariert sich als „Sicherer Hafen“:
 - Änderungsantrag 18-09426
- Zu TOP 4.11: Schutz der Bevölkerung vor und bei unerwarteten atomaren Zwischenfällen in Thune:
 - Stellungnahme 18-09342-01
- Zu TOP 4.13 Sofortige Einstellung der Zuschüsse an den DITIB e.V. in der Ludwigstraße und Prüfung des Vereinverbots:
 - Stellungnahme 18-09347-01 und Änderungsantrag 18-09439
- Zu TOP 15: Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater:
 - Änderungsantrag 18-09420
- Zu TOP 28: Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Giesmarode:
 - Änderungsanträge 18-09386 und 18-09438

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt weiter mit, dass die unter TOP 4.8 und 4.10 genannten Anträge 18-09310-Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen- und 18-09317-Zukunftsfähige Schullandschaft gestalten - Oberschule in Braunschweig einführen- in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 01.11.2018 bzw. in der Sitzung des Schulausschusses am 2.11.2018 zurückgestellt wurden und die Beratung dieser Punkte entfällt. Er schlägt daher vor, die Punkte 4.8 und 4.10 abzusetzen und die Tagesordnung ohne diese beiden Punkte festzustellen.

Ratsvorsitzender Graffstedt gibt bekannt, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung die Tagesordnungspunkte 33 bis 35 vorgesehen sind. Er stellt fest, dass der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:10 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2018

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 04.09.2018 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

- 3.1. Konzept zur Beseitigung der Sturmschäden "Xavier" 18-09382**

Ergebnis:

Die Mitteilung 18-09382 wird zur Kenntnis genommen.

- 3.2. Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes der in der Stellungnahme 17-04406-01 genannten Sträucher und Bodendecker 18-09396**

Ergebnis:

Die Mitteilung 18-09396 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

- 4.1. "Mein Baum für Braunschweig" - Baumspenden vereinfachen, Anreize schaffen 18-08958**
Antrag der CDU-Fraktion

- 4.1.1. "Mein Baum für Braunschweig" - Baumspenden vereinfachen, Anreize schaffen - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 18-09078**
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.1.2. "Mein Baum für Braunschweig" - Baumspenden vereinfachen, Anreize schaffen 18-09139**
Änderungsantrag zum Antrag 18-08958 und zum Änderungsantrag 18-09078
Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Ratsfrau Mundlos, Ratsfrau Johannes und Ratsherr Dr. Mühlnickel begründen den Änderungsantrag 18-09139, der den Antrag 18-08958 und den Änderungsantrag 18-09078 ersetzt. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 18-09139 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 18-09139:

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zu entwickeln, wie Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Betriebe darin unterstützt werden können, durch eine Spende für Baumneupflanzungen in Braunschweig einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Aufwertung des öffentlichen Raumes durch mehr zusätzliche Bäume zu leisten.

Hierfür soll es u.a. eine Staffelung und eine öffentlich einsehbare Baumartenliste geben. Die Pflanzung wird dann zum nächstmöglichen Pflanztermin fachgerecht von der Verwaltung veranlasst. Der Spender kann hinterher erfahren, wo „sein“ Baum steht. Neben den Fragen der technischen Umsetzung soll ein solches Konzept auch Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit machen. Es soll geklärt werden, in welcher Form potenzielle Spender angesprochen werden können und in welcher Form die Namen der Spender auf deren Wunsch hin veröffentlicht werden können.

Die Verwaltung berichtet einmal im Jahr zum Tag des Baumes über die Umsetzung dieses Projektes, so soll auch u.a. eine Baumstandortliste veröffentlicht werden.

Im Rahmen der Erstellung dieses Konzeptes wird die Verwaltung außerdem darum gebeten, die Kosten zur Umsetzung sowie den Personalbedarf zu ermitteln. Ein Beschluss über dieses Konzept soll zeitnah erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Enthaltungen beschlossen

- 4.2. Mehrwegbecher statt Wegwerfbecher- Einführung eines Pfand- 18-09171**

systems für Kaffeebecher in Braunschweig

Antrag der SPD-Fraktion

Bürgermeisterin Ihbe bringt den Antrag 18-09171 in der vom Wirtschaftsausschuss empfohlenen geänderten Fassung ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag in geänderter Fassung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird gebeten, im Sinne von Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Zusammenarbeit mit der Braunschweig Stadtmarketing GmbH, der ALBA Braunschweig GmbH **und den Kammern und Verbänden** zu prüfen, ob die Einführung eines Pfandsystems für Kaffeebecher in Braunschweig möglich wäre.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 4.3. Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße | 18-09189 |
| Antrag der Fraktion Die Linke. | |
| 4.3.1. Änderungsantrag zum TOP "Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße" | 18-09435 |
| Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. | |
| 4.3.2. Änderungsantrag zu 18-09435: Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße | 18-09437 |
| Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | |
| 4.3.3. Änderungsantrag zu VO 18-09435 | 18-09440 |
| Änderungsantrag der AfD-Fraktion | |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 18-09189 die Änderungsanträge 18-09435, 18-09437 und 19-09440 vorliegen und der Änderungsantrag 18-09435 den Antrag 18-09189 ersetzt. Die Änderungsanträge werden jeweils von den antragstellenden Fraktionen eingebracht und begründet. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 18-09437 und anschließend über den Änderungsantrag 18-09440 abstimmen. Danach stellt er den Änderungsantrag 18-09435 zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-09437:

Die Verwaltung wird gebeten, zeitgerecht einen städtebaulichen Wettbewerb für das Areal des Klinikums Holwedestraße auszuloben. Bei der Erstellung des Aufgabenkatalogs für den Wettbewerb ist die Realisierung eines Wohn- und Quartiersprojekts in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Gemeinsam Wohnen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen und 3 Enthaltungen **abgelehnt**

Beschluss Änderungsantrag 18-09440:

Der Beschlußtext wird durch folgenden Entwurf ersetzt:

Die Verwaltung wird gebeten, zeitgerecht einen städtebaulichen Wettbewerb für das Areal des Klinikums Holwedestraße auszuloben. Bei der Erstellung des Aufgabenkatalogs für den Wettbewerb ist die mögliche Realisierung eines Wohn- und Quartiersprojekts, z. B. für gemeinschaftliches Wohnen, zu berücksichtigen. Ebenso soll der Aufgabenkatalog die teilweise Nutzung als Schulstandort, z.B. für die Erweiterung der nahegelegenen Realschule, berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Änderungsantrag 18-09435:

Die Verwaltung wird gebeten, zeitgerecht einen städtebaulichen Wettbewerb für das Areal des Klinikums Holwedestraße auszuloben. Bei der Erstellung des Aufgabenkatalogs für den Wettbewerb ist die mögliche Realisierung eines Wohn- und Quartiersprojekts, z. B. für gemeinschaftliches Wohnen, zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

4.4. Antworten an Bezirksräte gemäß Geschäftsordnung 18-09190 Antrag der Fraktion Die Linke.

4.4.1. Änderungsantrag zu 18-09190 Antworten an Bezirksräte gemäß 18-09451 Geschäftsordnung Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

4.4.2. Änderungsantrag zum Antrag 18-09190 18-09452 Antrags- und Anfragecontrolling für die Stadtbezirksräte Änderungsantrag SPD-Fraktion im Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

4.4.3. Antworten an Stadtbezirksräte gemäß Geschäftsordnung 18-09190-01 Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Änderungsantrag 18-09451 ein und erklärt, dass dieser den Antrag 18-09190 ersetzt. Ratsherr Köster bringt den Änderungsantrag 18-09452 ein und begründet diesen. In der weiteren Aussprache beantragt Ratsherr Bley getrennte Abstimmung über den 2. Satz des ersten Absatzes im Beschlussvorschlag des Änderungsantrages 18-09452. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 18-09451 abstimmen. Anschließend stellt er den Beschlusstext des Änderungsantrages 18-09452 getrennt zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-09451:

Entsprechend dem in der Geschäftsordnung des Rates festgelegten Verfahren erfolgt eine Beantwortung von Anfragen aus den Bezirksräten, die fristgerecht eingereicht wurden, in der Sitzung des Bezirksrates, zu der die Anfrage gestellt wurde.

Beschlüsse von Bezirksräten, die nicht in eigener Zuständigkeit gefasst wurden und als Anregung zu verstehen sind, werden direkt nach der Beschlussfassung durch den Bezirksrat an die Fachausschüsse zur Beratung weitergeleitet, wenn eine Ausschusszuständigkeit erkennbar ist. Über die Ergebnisse der Beratungen wird der Bezirksrat anschließend zu seiner nächsten Sitzung informiert. Wenn eine Zuständigkeit der Verwaltung gegeben ist, erfolgt eine Stellungnahme der Verwaltung zur darauf folgenden Bezirksratssitzung.

Abstimmungsergebnis:

bei 8 Fürstimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**

Beschluss Änderungsantrag 18-09452:

Die Verwaltung wird gebeten eine Änderung der Geschäftsordnung zu erarbeiten und zum Beschluss einzubringen, wonach zum einen den Stadtbezirksräten einmal pro Jahr ein Bericht über die eingereichten Anfragen und Anträge inklusive des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen ist. Zum anderen soll die Beantwortung von Anfragen zukünftig spätestens bis zur übernächsten Sitzung erfolgen.

Mittelfristig soll ein solches Anfrage- und Antragscontrolling in Allris implementiert werden. Die Verwaltung wird gebeten hierzu Kontakt mit dem Softwarelieferanten aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2: bei 1 Enthaltung beschlossen

Absatz 1 Satz 2: bei 8 Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 18-09190-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Klimaschutz in Braunschweig**18-09238****Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Antrag 18-09238 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, das Integrierte Klimaschutzkonzept für die Stadt Braunschweig von 2010 (wie im ISEK BS 2030 angekündigt) zu aktualisieren und in den Ratsgremien vorzustellen. Bei der Präsentation soll die Verwaltung aufzeigen, ob das 2010 festgelegte Ziel, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990 um 40 % zu senken mit den bisherigen Maßnahmen erreichbar ist. Außerdem soll die Verwaltung darstellen, ob und wie sie und die städtischen Gesellschaften die 2010 beschlossenen Maßnahmen mit hohem CO₂-Einsparpotenzial bis heute umgesetzt haben und welche Defizite bei der konkreten Umsetzung noch bestehen. Die Verwaltung wird deshalb auch gebeten, Stärken und Schwächen der 2010 empfohlenen Maßnahmen zu evaluieren und zusätzlich mögliche Maßnahmen aufzuzeigen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Stadtklimaanalyse für Braunschweig aus dem Jahr 2012 zu aktualisieren bzw. - falls bereits erfolgt - die aktualisierte Stadtklimaanalyse in den Ratsgremien zu präsentieren. Dabei sollen die Entwicklung des Stadtklimas in den vergangenen Jahren bewertet und bei Bedarf Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas vorgeschlagen werden. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung insbesondere auf die Aspekte Art und Dichte der Bebauung, Entwicklung der Bodenversiegelung, Rückgang der städtischen Vegetation und örtlicher Temperaturanstieg (wie z. B. im Sommer 2018) eingehen.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

4.6. Einrichtung einer Bauwilligen-Datenbank**18-09240****Antrag der CDU-Fraktion**

Ratsherr Hinrichs bringt den Antrag 18-09240 in der vom Planungs- und Umweltausschuss empfohlenen geänderten Fassung ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag in geänderter Fassung abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird gebeten, **zu prüfen, inwieweit** ein Konzept zur Einrichtung einer "Bauwilligen-Datenbank für Transparenz und Beteiligung im Planungsverfahren auf der Internetseite der Stadt Braunschweig" **erstellt werden kann** und **dieses** nach einem entsprechenden Beschluss durch den Planungs- und Umweltausschuss umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4.7. Braunschweig deklariert sich als "Sicherer Hafen" 18-09299
Antrag der BIBS-Fraktion

4.7.1. Änderungsantrag zur Vorlage 18-09299 18-09426
Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Ratsfrau Buchholz bringt den Antrag 18-09299 ein, begründet diesen und beantragt die Zurückstellung. Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass im Verwaltungsausschuss und Ältestenrat von Ratsherrn Rosenbaum die Zurückstellung angekündigt wurde, um einen mit den Fraktionen abgestimmten Änderungsantrag zu formulieren. Er stellt fest, dass der Rat einverstanden ist, so zu verfahren und der Antrag 18-09299 sowie der Änderungsantrag 18-09426 zurückgestellt werden.

Ergebnis:

Der Antrag 18-09299 wird zur Beratung in der nächsten Ratssitzung zurückgestellt.
Der Änderungsantrag 18-09426 wird zur Beratung in der nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

4.8. Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen 18-09310
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

4.8.1. Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen 18-09310-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Beratung entfällt. Der Antrag 18-09310 wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 01.11.2018 zurückgestellt. Die Stellungnahme 18-09310-01 wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 01.11.2018 zurückgestellt.

4.9. Regionalverband Großraum Braunschweig: Mehr Demokratie 18-09316
wagen und an der Direktwahl der Verbandsversammlung festhalten
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Böttcher bringt den Antrag 18-09316 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Im Regionalverband Großraum Braunschweig werden entscheidende politische Weichen für die Region gestellt. Seiner übergeordneten koordinierenden Rolle kommt eine entscheidende Funktion zum Wohle der ihn tragenden Landkreise und Städte zu. Mit der Weiterentwicklung vom Zweckverband Großraum Braunschweig hin zum Regionalverband ist die Region politisch gestärkt worden. Durch die Einführung der Direktwahl der Abgeordneten in der Verbandsversammlung sollen die Themen der Verbandsversammlung stärker ins öffentliche Bewusstsein gelangen. Zudem soll dadurch die Akzeptanz für den Regionalverband und für die Entscheidungen der gewählten Vertreterinnen und Vertreter gestärkt werden.

Der Regionalverband hat mit der Reform 2017 übergeordnete Planungskompetenzen in wichtigen politischen Bereichen wie Verkehrsentwicklung, Bildungsangebote an Berufsbildenden Schulen, Hochwasserschutz und Tourismusmarketing bekommen. Die Direktwahl der Verbandsversammlung stärkt hierbei die demokratische Beteiligung. Sie gibt Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, mit ihrer Stimme zu entscheiden, wer die Verantwortung für die erheblichen finanziellen Mittel trägt, die dem Regionalverband zur Verfügung stehen. Die Verbandsversammlung wird somit sichtbar und von den Menschen aus der Region mitgestaltet.

Der Vorstoß der Niedersächsischen Landesregierung, die Direktwahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsversammlung wieder abzuschaffen, widerspricht dieser Entwicklung und gefährdet die Weiterentwicklung der Region.

Der Rat der Stadt Braunschweig

- bekennt sich daher zu der Direktwahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig
- fordert deshalb den Oberbürgermeister auf, sich im Zuge der anstehenden Gesetzesberatungen für den Erhalt dieser Direktwahl einzusetzen
- fordert darüber hinaus von der Niedersächsischen Landesregierung ein Bekenntnis zur Stärkung demokratischer Beteiligung sowie den Erhalt der Direktwahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen **abgelehnt**

4.10. Zukunftsfähige Schullandschaft gestalten - Oberschule in Braunschweig einführen **18-09317**
Antrag der CDU-Fraktion

Ergebnis:

Die Beratung entfällt. Der Antrag 18-09317 wurde vom Schulausschuss in seiner Sitzung am 02.11.2018 zurückgestellt.

4.11. Schutz der Bevölkerung vor und bei unerwarteten atomaren Zwischenfällen in Thune **18-09342**
Antrag der BIBS-Fraktion

4.11.1. Schutz der Bevölkerung vor und bei unerwarteten atomaren Zwischenfällen in Thune **18-09342-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Buchholz bringt den Antrag 18-09342 ein und beantragt die Überweisung an den Fachausschuss. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag auf Verweisung an den Fachausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 18-09342 wird zur weiteren Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

Die Stellungnahme 18-09342-01 wird zur weiteren Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

4.12. Interfraktionelle Resolution: Bürgerrechte schützen - 1984 ist nicht als Anleitung gedacht! **18-09343**
Antrag der Fraktionen BIBS, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P²

Ratsherr Bley bringt den Antrag 18-09343 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt das für Niedersachsen geplante neue "Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG)" ab.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Landesregierung über die Entscheidung des Rates zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen **abgelehnt**

4.13. Sofortige Einstellung der Zuschüsse an den DITIB e.V. in der Ludwigstraße und Prüfung des Vereinsverbots **18-09347**
Antrag der AfD-Fraktion

4.13.1. Änderungsantrag zu VO 18-09347, sofortige Einstellung der Zuschüsse an DiTiB **18-09439**
Änderungsantrag der AfD-Fraktion

4.13.2. Sofortige Einstellung der Zuschüsse an den DITIB e.V. in der Ludwigstraße und Prüfung des Vereinsverbots **18-09347-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 18-09347 der Änderungsantrag 18-09439 vorliegt, der den ursprünglichen Antrag ersetzt und der Verwaltungsausschuss die Verweisung an den Fachausschuss empfiehlt. Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 18-09439 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Verweisung des Antrages in den Fachausschuss abstimmen und stellt fest, dass diese mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag des Änderungsantrages 18-09439 unter Einbeziehung des Beschlusstextes aus dem ursprünglichen Antrag 18-09347 getrennt in drei Teile (Ziff. 1 bis 3.) zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-09439:

1. Wir beantragen, dass der Rat sich die Beschlussfassung (Vorbehaltsbeschluss nach § 58 (3) NKomVG) in der nachstehend genannten Angelegenheit vorbehält.

2. Die AfD-Fraktion stellt den Antrag, dass dieser Betrag mit sofortiger Wirkung auf Null zu kürzen ist.

3. Ein Vereinsverbot ist hinsichtlich Art. 9 (2) GG und in Bezug auf VereinsG §§ 3 ff. dringend zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1: bei 5 Fürstimmen **abgelehnt**

Ziffer 2: bei 5 Fürstimmen **abgelehnt**

Ziffer 3: bei 5 Fürstimmen **abgelehnt**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 18-09347-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung von 17:35 Uhr bis 18:20 Uhr für eine Pause. Nach der Pause übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber die Sitzungsleitung.

5. Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030 **18-08544**

5.1. Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030 **18-08544-01**

5.2. Änderungsantrag zur Vorlage 18-08544 **18-09266**
Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts Braunschweig 2030
Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Zu Beginn der Aussprache bringt Oberbürgermeister Markurth die Vorlage ein. Anschließend wird der Änderungsantrag 18-09266 von Ratsherrn Bratschke eingebracht und begründet. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über den Änderungsantrag 18-09266 abstimmen. Danach stellt sie die Vorlage 18-08544-01 in der durch den beschlossenen Änderungsantrag ergänzten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-09266:

Füge einen neuen Beschlusspunkt ein:

5. Für eine konsequente Umsetzung der im ISEK zusammengetragenen Maßnahmen bedarf es zuvor einer eindeutigen Priorisierung. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, in einem klaren und für die Politik nachvollziehbaren Verfahren fortlaufend darzustellen, welche Maßnahmen in einem Haushaltsjahr umgesetzt werden sollen. Diese Darstellung soll in einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf vor den jeweiligen Haushaltsberatungen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

Beschluss Vorlage 18-08544-01 (ergänzt um den Änderungsantrag 18-09266)

1. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 wird als zentrale Arbeitsgrundlage der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird im Rahmen der verfügbaren Ressourcen beauftragt, bis zum Jahr 2030 die in den Rahmenprojekten benannten Maßnahmen vor der jeweiligen Umsetzung zu konkretisieren, zu berichten und den Ratsgremien zur Entscheidung vorzulegen. Projektbezogen sind jeweils Meilensteine und Indikatoren für das Monitoring zu benennen sowie Aussagen zum jeweils beabsichtigten Verfahren zu treffen. Hierzu zählen insbesondere die Auswahl der zur Mitwirkung vorgesehenen internen und externen Akteure (auch regional) außerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig sowie gegebenenfalls die Darstellung beabsichtigter besonderer Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die Sachstände der laufenden Projekte sowie die Zielerreichung zu berichten.
4. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030 wird eine wesentliche Arbeitsgrundlage zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes.
5. **Für eine konsequente Umsetzung der im ISEK zusammengetragenen Maßnahmen bedarf es zuvor einer eindeutigen Priorisierung. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, in einem klaren und für die Politik nachvollziehbaren Verfahren fortlaufend darzustellen, welche Maßnahmen in einem Haushaltsjahr umgesetzt werden sollen. Diese Darstellung soll in einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf vor den jeweiligen Haushaltsberatungen erfolgen.**

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Enthaltungen beschlossen

Nach Behandlung von Tagesordnungspunkt 5 unterbricht stellvertretende Ratsvorsitzende Naber die Sitzung für eine kurze Pause. Anschließend wird die Sitzung mit Beratung von Punkt 6 fortgesetzt.

6. Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt

18-08859

Beschluss:

Der Stadtamtmann Hendrik Brase wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt abberufen. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt**18-08860****Beschluss:**

Die Technische Beschäftigte Andrea Philipp wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt abberufen. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Abberufung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt**18-08861****Beschluss:**

Der Bauoberamtsrat Hubert Specht wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt abberufen. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister**18-09118****Beschluss:**

„Der Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr an Herrn Rainer Maul in Anerkennung besonderer Verdienste um das Feuerlöschwesen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis**18-08674****Beschluss:**

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Stiddien	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Schneider, Michael

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Bestellung eines Vertreters im Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH**18-09296****Beschluss:**

„Frau Eva Bender wird aus dem Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH abberufen und

Frau Stadträtin Dr. Christine Arbogast
(Oberbürgermeister-Vorschlagsrecht)

wird in den Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH entsandt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

18-09136

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Haushaltsvollzug 2018

18-09233

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NkomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

Nach Behandlung von Tagesordnungspunkt 13 übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung. Er weist darauf hin, dass bei Tagesordnungspunkt 14 für Oberbürgermeister Markurth und die Ratsherren Bratmann, Scholze und Wendroth ein Mitwirkungsverbot besteht und diese nicht an der Behandlung des Punktes teilnehmen dürfen.

14. Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021;

18-09224

Beschluss über die Auswahlkriterien für die Vergabe der qualifizierten Wegenutzungsrechte Strom und Gas gemäß §§ 46 ff. EnWG

Oberbürgermeister Markurth und die Ratsherren Bratmann, Wendroth und Scholze verlassen den Sitzungssaal und nehmen nicht an der Beratung und Beschlussfassung des Punktes teil.

Beschluss:

„1. Der in der Vorlage dargestellten Vorgehensweise zur Festlegung der Auswahlkriterien für die Vergabe der qualifizierten Wegenutzungsrechte für die Medien Strom und Gas gem. § 46 Abs. 2 EnWG für das Gebiet der Stadt Braunschweig ab dem 1. Januar 2021 wird zugestimmt.

2. Im o. g. Verfahren ist von der Verwaltung darauf hinzuwirken, dass die Konzessionsverträge für die Medien Strom und Gas die wesentlichen Anforderungen beinhalten, die in den jüngsten für die Medien Wasser und Fernwärme ausgehandelten Konzessionsverträgen vereinbart wurden.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen beschlossen

- | | | |
|--------------|---|-----------------|
| 15. | Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater | 18-08855 |
| 15.1. | Änderungsantrag zu Ds. 18-08855: Baumbestand Jasperallee - Moratorium zur Beobachtung der Vitalitätsentwicklung und Entscheidungsfindung zur zukünftigen Ausgestaltung der Baumbepflanzung
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 18-09095 |
| 15.2. | Ergänzung zu Antrag 18-08855 Neugestaltung Jasperallee
Änderungsantrag der FDP-Fraktion | 18-09420 |

Zu Beginn der Aussprache bringt Erster Stadtrat Geiger die Vorlage ein. Anschließend wird von Ratsherrn Dr. Dr. Büchs der Änderungsantrag 18-09095 eingebracht und begründet. Danach bringt Ratsherr Möller den Änderungsantrag 18-09420 ein, begründet diesen und erklärt abschließend, dass der Antrag zurückgezogen wird. In der weiteren Aussprache übergibt Ratsherr Rosenbaum Vorschläge der Bürgerinitiative Baumschutz als Anregungen an die Verwaltung. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 18-09095 abstimmen. Anschließend stellt er die Vorlage 18-08855 zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-09095:

Um die gegensätzlichen Interessenslagen durch eine längerfristige Entscheidungsfindung mit möglichst breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger, Politik und Experten besser ausloten zu können wird ein Moratorium für die Dauer von 2-4 Jahren vereinbart. (Der als geeignet betrachtete Zeitraum wird im Gremienlauf in Absprache mit Verwaltung und Gremienmitgliedern als ergänzende Protokollnotiz festgelegt.)

In der Zeit des Moratoriums werden für die vorhandenen ca. 86 Bäume durch bestmögliche Pflegemaßnahmen möglichst optimale Lebensbedingungen geschaffen. Eine ausnahmsweise Fällung von einzelnen Exemplaren darf nur erfolgen,

- falls die Verkehrssicherungspflicht durch keine anderen Maßnahmen gewährleistet werden kann
- eine Übertragung von Baumkrankheiten mit letalen Folgen und Epidemiecharakter essentiell vermieden werden muss. Hierzu ist in jedem Einzelfall ein fachlich qualifizierter Nachweis erforderlich.
- sofern sich die Beteiligten darauf einigen, bestimmte Vorschläge (z.B. Austausch des Bodens und Neupflanzung) auf einem „Experimentierfeld“ von maximal 8 Bäumen zur Beobachtung zuzulassen.

Die Zeit des Moratoriums wird genutzt, um

- a. Einen Entscheidungsfindungsprozess über die zukünftige Gestaltung des Baumbestandes des o.g. Abschnittes der Jasperallee in Gang zu setzen, an dem Anwohner, interessierte Bürgerinnen und Bürger, Experten und Expertinnen verschiedener Fachrichtungen und Mitglieder einschlägiger politischer Gremien beteiligt sind. Als Beispiel für einen solchen Entscheidungsfindungsprozess kann die Vorgehensweise bei Neugestaltung des Hagenmarktes sein.
- b. Ziel des Entscheidungsfindungsprozesses ist zum Ende des Moratoriumszeitraumes ein Konzept zur zukünftigen Gestaltung des Baumbestandes der Jasperallee zu entwickeln, auf das sich möglichst alle Interessengruppen einigen können oder, falls sich dies nicht als möglich erweist, mehrere Konzepte vorzustellen, über deren Umsetzung dann die politischen Gremien entscheiden.
- c. Verschiedene vorgeschlagene Verfahrensweisen bzgl. des Umgangs mit den Bäumen versuchsweise an einer begrenzten Anzahl ausgewählter Baumstandorte zu erproben (dazu gehören z.B. das Nachpflanzen in vorhandene Lücken, die Anwendung des Tree-Life-Verfahrens mit und ohne begleitende Grabung, aber auch die versuchsweise Umsetzung des Verwaltungsvorschlages auf o.g. Experimentierfeld).
- d. die Vitalitätsentwicklung der vorhandenen Baumexemplare unter den dann optimier-

ten Pflegebedingungen bzw. unter den jeweiligen Versuchsbedingungen zu beobachten und jährlich darüber zu berichten.

- e. Die für 2019 bereits eingestellten Haushaltsmittel für die Fällung der Bäume im betroffenen Abschnitt der Jasperallee werden dazu genutzt, die o.g. Versuchsbeobachtungen unter möglichst professionellen Bedingungen durchzuführen sowie in anderer Weise für umweltfreundliche Ansätze im Bereich des Erhalte und der Pflege der Grünbestände in Braunschweig eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Vorlage 18-08855:

„Der Erneuerung des Baumbestandes im Bereich des Mittelstreifens der Jasperallee zwischen Staatstheater und Ring mit mittelgroßen Linden in drei Abschnitten im Zeitraum von 2018 bis 2020 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

Nach der Behandlung von Punkt 15 findet von 20:25 bis 20:30 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Beratung der Tagesordnung mit Punkt 16 fortgesetzt.

- | | |
|---|-----------------|
| 16. Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) | 18-08596 |
|---|-----------------|

- | | |
|---|--------------------|
| 16.1. Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) | 18-08596-01 |
|---|--------------------|

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 18-08596-01 zur Abstimmung.

Beschluss Vorlage 18-08596-01:

„Die als Anlage beigefügte Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|---|-----------------|
| 17. Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) | 18-09116 |
|---|-----------------|

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

- 18. Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung)** **18-09117**

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

- 19. Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)** **18-09119**

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Achtzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

- 20. Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "Kitodo. Key to digital objects e. V."** **18-09132**

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig, vertreten durch das Ref. 0414 (Stadtarchiv), tritt dem Verein „Kitodo. Key to digital objects e. V.“ zum 1. Januar 2019 als Mitglied bei.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 21. Vergabe der Trägerschaft für die neue Kindertagesstätte "Heinrich-der-Löwe"** **18-08853**

Beschluss:

Die Trägerschaft für die neue Kindertagesstätte „Heinrich-der-Löwe“ wird an die Fröbel gGmbH vergeben.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

- 22. Installation eines Psychosozialen Krisendienstes in der Stadt Braunschweig ab 1. April 2019, verortet beim Gesundheitsamt der Stadt Braunschweig** **18-09124**

Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage 18-09124 zur Abstimmung.

Beschluss:

Das Gesundheitsamt Braunschweig installiert ab 1. April 2019 einen Psychosozialen Krisendienst, um auch an Wochenenden und Feiertagen psychiatrische Krisen zu deeskalieren, Zwangseinweisungen teilweise zu vermeiden, Suizidgefährdung entgegenzuwirken und die Versorgung schwer psychisch Kranker entsprechend der Vorgaben des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) und des Landespsychiatrieplanes zu verbessern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23. Konzept der flächendeckenden Entwicklungsstandsuntersuchungen Einführung ärztlicher Untersuchungen in den Braunschweiger Kindergärten ab 2019 18-09125

Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage 18-09125 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Durchführung ärztlicher Kindergartenuntersuchungen durch das Gesundheitsamt ab 2019 soll entsprechend des dargestellten Konzepts ab 2019 starten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24. Kinder- und familienfreundliche Stadt Braunschweig Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze 18-09160

Zu Beginn der Aussprache wird die Vorlage von Stadträtin Dr. Arbogast eingebracht. In der Aussprache beantragt Ratsherr Weber getrennte Abstimmung der Ziff. 2 des Beschlussvorschlages. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Beschlussvorschlag der Vorlage getrennt nach den Ziff. 1 bis 4 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Ausbau im Krippen- und Kindergartenbereich erfolgt weiterhin bedarfsgerecht.
2. Dabei wird für die Altersklasse der unterdreijährigen Kinder eine bedarfsorientierte Versorgungsquote von zunächst 45 % zu Grunde gelegt.
3. Für die Altersklasse der 3- bis 6-jährigen Kinder gilt wegen der Flexibilisierung des Einschulungstichtages eine neue Zielquote von 102 %, sofern sich dauerhaft ein längerer Verbleib in den Kindertagesstätten bestätigt.
4. Vorgesehen ist der weitere Ausbau an verschiedenen geeigneten Standorten. Realisiert werden die Einzelmaßnahmen je nach Planungsreife und im Rahmen der vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1: einstimmig beschlossen

Ziffer 2: bei 5 Gegenstimmen beschlossen

Ziffer 3: einstimmig beschlossen

Ziffer 4: einstimmig beschlossen

25. Aktueller Stand zum Konzept Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS und weiteres Verfahren 18-09303

Beschluss:

Eine Schulbildungsberatung, angesiedelt im Bildungsbüro der Stadt Braunschweig, wird mit sofortiger Wirkung eingeführt. Nach sechs Monaten ist eine Evaluation durchzuführen. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien vorgestellt. Zur dauerhaften Fortführung der Aufgabe sowie zu Art und Umfang der weiteren Aufgabenerledigung soll ein gesonderter Ratsbeschluss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

26. Übertragung der Haushaltsmittel und Kassengeschäfte der Stadt Braunschweig zur Fortsetzung des Forderungseinzugs für kommunale Haushaltsmittel im Rechtskreis des SGB II

18-09236

Beschluss:

Dem Abschluss der Zusatzverwaltungsvereinbarung nach § 44 b Abs. 4, Satz 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zwischen der Agentur für Arbeit Braunschweig-Goslar, dem Jobcenter Braunschweig und der Stadt Braunschweig zur Dienstleistung O.8 -Forderungseinzug- des Service Portfolios der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird zugestimmt.

Gleichzeitig werden hierfür die erforderlichen Haushaltsmittel sowie die Kassengeschäfte der Stadt Braunschweig zur Durchführung des Forderungseinzugs der kommunalen Haushaltsmittel SGB II auf der Grundlage des § 127 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 126 Abs. 5 NKomVG auf die BA und im Weiteren auf das Jobcenter Braunschweig bzw. dessen Geschäftsführer übertragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung, kaufmännische Ausbuchung und Erlass der Stadt Braunschweig (SDA II 20/07 vom 1. August 2017) klarzustellen, dass die Wertgrenzen in § 8 sowie das Verfahren der §§ 3 bis 6 dieser Zusatzverwaltungsvereinbarung als besondere öffentlich-rechtliche Regelungen gegenüber den Bestimmungen in der Dienstanweisung vorrangig sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

27. Stadtbahnausbau: Vorzugsvariante Rautheim

18-09145

27.1. Stadtbahnausbau: Vorzugsvariante Rautheim

18-09145-01

Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 18-09145-01 zur Abstimmung.

Beschluss Vorlage 18-09145-01:

1. Als Vorzugsvariante der Stadtbahnverlängerung nach Rautheim wird Vorschlag 2 der nachfolgenden Erläuterungen beschlossen.
2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen: Die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Vorzugsvariante Rautheim Vorschlag 2 zu beschließen.
3. Die Verwaltung und die Braunschweiger Verkehrs-GmbH werden beauftragt, die Planungen für Vorschlag 2 bis zur Entwurfsplanung fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

28.	Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode	18-09146
28.1.	Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode	18-09146-01
28.2.	Änderungsantrag zur Vorlage 18-09146-01 Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode Änderungsantrag der Fraktion der CDU	18-09386
28.3.	Änderungsantrag zu 18-09386: Stadtbahnausbau: Vorzugsvarianten Volkmarode und Wendeschleife Gliesmarode Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	18-09438

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Punkt die Ergänzung 18-09146-01 sowie die Änderungsanträge 18-09386 und 18-09438 vorliegen. Ratsherr Merfort bringt den Änderungsantrag 18-09386 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 18-09386 abstimmen. Er stellt fest, dass dieser abgelehnt wird und sich damit auch die Abstimmung über den Änderungsantrag 18-09438 erledigt hat. Anschließend stellt er die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 18-09146-01 zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 18-09386:

1. Die Strecke nach Volkmarode wird entgegen des Verwaltungsvorschlages um eine Anbindung bis nach Lehre entlang Dibbesdorf und ggf. Hondelage sowie Wendhausen erweitert und diese geänderten Planungen als Vorzugsvariante beschlossen.

2. unverändert

3. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen: Die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Vorzugsvariante gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages zu 18-09146-01 und die Wendeschleife Gliesmarode gemäß Anlage zu beschließen.

4. unverändert

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Vorlage 18-09146-01:

1. Als Vorzugsvariante der Stadtbahnverlängerung nach Volkmarode-Nord wird der Trassenverlauf gemäß Anlage beschlossen.

2. Eine Variante der Wendeschleife Gliesmarode wird gemäß Anlage geplant.

3. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligung-Gesellschaft mbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen: Die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Vorzugsvariante Volkmarode-Nord und die Wendeschleife Gliesmarode gemäß Anlage zu beschließen.

4. Die Verwaltung und die Braunschweiger Verkehrs-GmbH werden beauftragt, die Planungen bis zur Entwurfsplanung fortzuführen."

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen

29. Radschnellweg Braunschweig-Lehre-Wolfsburg: Planungsvereinbarung 18-09158

Beschluss:

- „1. Dem Abschluss der Planungsvereinbarung über einen Radschnellweg von Braunschweig über Lehre nach Wolfsburg zwischen dem Regionalverband Großraum Braunschweig, der Gemeinde Lehre, der Stadt Wolfsburg und der Stadt Braunschweig mit den unten dargestellten wesentlichen Vertragsinhalten wird zugestimmt.
2. Die Öffentlichkeit ist bei allen Planungen zu beteiligen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

30. Veränderungssperre "Sudetenstraße", OE 40 18-09128
Stadtgebiet zwischen A 391, A 392, Celler Heerstraße, Sudetenstraße, Schölke, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 254/75, 254/76, 254/79 sowie dem ehemaligen Ringgleis
Satzungsbeschluss

Beschluss:

- „1. Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 2 dargestellt ist, werden die Planungsziele zur Aufstellung des Bebauungsplanes OE 40 dahingehend ergänzt, dass neben den Regelungen zur Zulässigkeit von Einzelhandelsnutzungen, im Rahmen der Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes, weitere Regelungen zur Umsetzung des vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossenen Steuerungskonzeptes Vergnügungsstätten getroffen werden.
2. Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 2 dargestellt ist, wird gemäß §§ 14 ff. Baugesetzbuch (BauGB) die als Anlage beigefügte Veränderungssperre für zwei Jahre als Satzung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

31. Anträge - Fortsetzung
(weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)

31.1. Mindestanforderungen Wohnungslosenunterbringung 18-09271
Antrag der Fraktion Die Linke.

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 18-09271 ein und begründet diesen. Im Hinblick auf die von der Verwaltung zugesagte Ortsbegehung einer oder mehrerer Unterkünfte beantragt sie, den Antrag für den ersten Beratungslauf Anfang 2019 zurückzustellen. Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat einverstanden ist, so zu verfahren und der Antrag in der übernächsten Sitzung behandelt werden soll.

32. Anfragen

Die Anfragen werden von 22:05 Uhr bis 22:30 Uhr beantwortet.

32.1. Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen 18-07944
Union sichtbar machen
Anfrage der SPD-Fraktion

32.1.1. Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen 18-07944-01
Union sichtbar machen

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 18-07944 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-07944-01).

Die Stellungnahme 18-07944-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.2. Sachstand des vom Oberbürgermeister angekündigten Modernisierungs- und Konsolidierungsprozesses** **18-09346**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 32.2.1. Sachstand des vom Oberbürgermeister angekündigten Modernisierungs- und Konsolidierungsprozesses** **18-09346-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth (Stellungnahme 18-09346-01).
 Eine Zusatzfrage wird beantwortet.
 Die Stellungnahme 18-09346-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 32.3. Taubenvergrämungsanlage am Rathaus** **18-08844**
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 32.3.1. Taubenvergrämungsanlage am Rathaus** **18-08844-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-08844-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.
 Die Stellungnahme 18-08844-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 32.4. Geplante Nutzung des Gebäudes des ehemaligen Kreiswehrersatzamtes** **18-09344**
Anfrage der AfD-Fraktion
- 32.4.1. Geplante Nutzung des Gebäudes des ehemaligen Kreiswehrersatzamtes** **18-09344-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 18-09344 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-09344-01).
 Die Stellungnahme 18-09344-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.5. Hartes Vorgehen gegen die Hanfbar** **18-09280**
Anfrage der BIBS-Fraktion
- 32.5.1. Hartes Vorgehen gegen die Hanfbar** **18-09280-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 18-09280 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-09280-01).
 Die Stellungnahme 18-09280-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.6. Erschwert das Jobcenter Braunschweig die Integration von nicht deutschsprechenden Leistungsberechtigten?** **18-09335**
Anfrage der Fraktion Die Linke.
- 32.6.1. Erschwert das Jobcenter Braunschweig die Integration von nicht deutschsprechenden Leistungsberechtigten?** **18-09335-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 18-09335 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-09335-01).
 Die Stellungnahme 18-09335-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.7. Nazi-Schmierereien im Univiertel** **18-09341**
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²
- 32.7.1. Nazi-Schmierereien im Univiertel** **18-09341-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 18-09341 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-09341-01).
 Die Stellungnahme 18-09341-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

**32.8. Sicherheitsmaßnahmen und -kosten für das Magnifest
Anfrage der AfD-Fraktion**

18-09345

32.8.1. Sicherheitsmaßnahmen und -kosten für das Magnifest

18-09345-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 18-09345 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-09345-01).
Die Stellungnahme 18-09345-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 22:35 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

Graffstedt
Ratsvorsitzender

Geppert
Protokollführerin